
BESCHLUSS

des 77. ordentlichen Landesparteitags der FDP Rheinland-Pfalz

Der Landesparteitag der Freien Demokratischen Partei Rheinland-Pfalz hat auf seiner Tagung am 11. März 2023 in Mainz beschlossen:

Titel: Freie Demokraten machen Tempo: Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Infrastrukturvorhaben beschleunigen!

Freie Demokraten machen Tempo: Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Infrastrukturvorhaben beschleunigen!

Weniger Bürokratismus, mehr Tempo beim Infrastruktur-Ausbau – das muss das Motto eines fortschrittlichen und modernen Landes sein. Wir Freie Demokraten wollen rechtliche Hürden abbauen, damit vom Ausbau der Erneuerbaren Energien über die Ertüchtigung von Bahnstrecken bis zum Ausbau des Straßennetzes Infrastrukturvorhaben deutlich schneller realisiert werden können.

Die deutsche Wirtschaft hat mit sich verschlechternden Rahmenbedingungen zu kämpfen, Fachkräftemangel, Inflation und weltweit zunehmende protektionistische Tendenzen. Gleichzeitig muss sie als Lokomotive die Mittel erwirtschaften für Zukunftsprojekte in Deutschland, erhöhte Sicherheit in Europa und den Wiederaufbau in der Ukraine. In dieser Situation müssen bürokratische Fesseln fallen.

Dabei besteht in der Region Eifel-Hunsrück besonderer Bedarf: Projekte wie der A1-Lückenschluss, der Moselaufstieg, die Hunsrückspange oder der B41-Ausbau müssen mit Nachdruck vorangetrieben werden, um den Wirtschaftsstandort weiter attraktiv zu halten. Wir wissen dabei Verkehrsministerin Daniela Schmitt und Verkehrsminister Volker Wissing an unserer Seite.

Wir bekennen uns zum Vorstoß der Bundesregierung, verwaltungsgerichtliche Verfahren im Infrastrukturbereich zu beschleunigen. Gleichzeitig sind wir dankbar, dass der liberale Justizminister Herbert Mertin durch eine deutliche Verbesserung in der Personalstärke für ein solides Fundament in der rheinland-pfälzischen Verwaltungsgerichtsbarkeit gesorgt hat, dass eine schnelle Bearbeitung ermöglicht.

Wir bekennen uns ferner zum Ziel, die Dauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren zu halbieren und sehen das von Volker Wissing

vorgeschlagene „Infrastruktur-Beschleunigungsgesetz“ als geeignetes Mittel an.
Wir wollen unter anderem die Chancen der vom Nutzer her gedachten
Digitalisierung beim Planen und Bauen nutzen, bei Ersatzneubauten und Radwegen
auf Umweltverträglichkeitsprüfungen verzichten und zukunftsfähige Infrastruktur
als Staatsziel ins Grundgesetz aufnehmen.

Wir wollen bei den Behörden, die die Vereinfachungen umzusetzen haben, ein neues
Denken, weg von der Über-Ängstlichkeit hin zu Mut zur Verantwortung.

